

RHEINISCHE POST

ERKELENZER ZEITUNG



USA

First Lady
und Lehrerin

Jill Biden (69) arbeitet an einem College und will ihren Job dort auch nicht aufgeben, wenn sie als Frau des US-Präsidenten ins Weiße Haus umzieht. **Politik**

FOTOS: LUCA CARLINO/DPA,
KEVIN LOWERY/IMAGO IMAGES,
IMAGO IMAGESImmer auf
die Mütter

Frauen müssen sich zunehmend Kritik und Beschimpfung über ihren Erziehungsstil gefallen lassen und werden so zur Zielscheibe.

Magazin

Sparen im Alter

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner müssen Einkommensteuer und Abgaben zahlen. Wer es geschickt anstellt, kann hier jedoch viel Geld sparen. Alles zur Rente in unserer neuen Serie.

Wirtschaft

Düsentrieb der Popmusik

Brian Eno (72) erfand den Startsound für Windows 95, ist Mitgründer von Roxy Music und erschuf eine App, in der man Musik malt. Seine Film-Soundtracks erscheinen jetzt als Album.

**Kultur**

ZITAT

„Wahrscheinlich habe ich einfach das Alter. Jetzt könnt' ich gut Papst werden.“

Christian Stückl (59), Leiter der Oberammergauer Passionsspiele, zu seiner dortigen Ehrenbürgerwürde

WETTER

**Viele Wolken,
kaum Sonnenschein**



7°

Vormittag

10°

Nachmittag

RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111,
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Falls Sie gestern an dieser Stelle gelesen haben sollten, dass Treppensteigen glücklich mache, und dies für einen Treppenzwisch der Wissenschaftsgeschichte gehalten haben, weil Sie so ein Aufstieg immer nur kurzzeitig und damit unglücklich macht – Sie können das ändern. Sie müssen nur den subgenauen Anteil des Anterioren Cingulären Cortex in Ihrer Großhirnrinde aktivieren (der ist nämlich für das Glücksgefühl am oberen Ende der Treppe zuständig), und schwupps, fliegen Sie die Stufen hinauf. Wenn Sie danach kein Glücksgefühl haben sollten, machen Sie so oft weiter, bis der Cortex sich meldet. Oder Sie werfen beim Steigen halt laufend Schokolade ein. Die hilft immer.

gw

Laschet für schärfere
Kontaktbeschränkungen

Der Ministerpräsident will Treffen nur noch mit zwei Personen eines anderen Hausstands erlauben. Die Hausärzte begrüßen das.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Kurz vor den Beratungen über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie sind die Ansteckungszahlen erneut gestiegen. Dem Robert-Koch-Institut wurden binnen 24 Stunden 23.648 Neuinfektionen gemeldet – ein neuer Höchstwert. 260 Menschen starben an den Folgen ihrer Covid-Erkrankung. NRW zählte 5726 Neuinfektionen – fast ein Viertel aller Fälle, obwohl auf Nordrhein-Westfalen nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung entfällt. Damit steigt der Druck auf die Regierungschefs, die Einschränkungen zu verlängern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“, sein Vorschlag für die Beratungen am Mittwoch sei: „Eine Familie darf sich nur noch mit zwei weiteren Personen aus einem anderen Hausstand treffen.“ Aus den Erfahrungen der Corona-Krise sei bekannt, dass das wirke. „Wenden wir dieses Prinzip konsequent an, können Beschränkungen für Gastronomie oder Kultur mittelfristig zurückgenommen werden, wenn die Infektionszahlen weiter sinken.“

Laschets Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) deutete mit Blick auf Beschränkungen des Silvesterfeuerwerks an, dass sich die Menschen auf weitere Verschärfungen für den Dezember einstellen müssten. „Es ist klar: Wenn es Kontaktbeschränkungen gibt, dass sich nur Personen aus zwei Haushalten

treffen dürfen, die es ja auch zurzeit gibt, dann kann man nicht mehr so auf der Straße zusammenstehen und das machen, wie wir es sonst an Silvester kennen.“ Köln kündigte an, das Böllern mindestens in der Altstadt zu verbieten; ansonsten warte man die Vorgaben des Landes ab.

Der Präsident des Hausärzteverbands Nordrhein, Oliver Funken, begrüßte die Stoßrichtung der Landesregierung. „Es gibt leider noch zu viele Uneinsichtige, denen egal ist, dass sie Kontaktperson der Kategorie eins sind, und die sich nicht um die Quarantänenvorgaben scheren“, sagte Funken unserer Redaktion. „Zusätzlich erleben wir, dass viele Arbeitgeber kein Verständnis haben und Menschen einbestellen, die klar in Quarantäne gehören.“

INFO

Nur drei Flächenländer
mit höherer Inzidenz

NRW Die landesweite Sieben-Tages-Inzidenz, also die Zahl der Fälle pro 100.000 Einwohner binnen einer Woche, lag am Freitag bei 166 – höhere Werte wiesen von den Flächenländern nur Hessen (170), Sachsen (170) und Bayern (168) auf.

Städte und Kreise Besonders betroffen in NRW waren weiterhin Herne (322), Duisburg (269) und Solingen (264). Düsseldorf lag bei 161, Köln bei 159.

Die Regeln müssten streng kontrolliert werden. „Eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen halte ich angesichts der Infektionszahlen für unumgänglich“, sagte Funken. „13.000 Tote wären für eine Grippe eine hohe Zahl. Das sollten sich auch Corona-Leugner und Maskenverweigerer vor Augen führen.“

Derweilen laufen die Vorbereitungen für die Einrichtung der mindestens 53 Impfzentren in NRW weiter. Am Montag will Laumann mit den Oberbürgermeistern und Landräten über deren Beitrag reden. Auch die Hausärzte werden beim Impfen eine zentrale Rolle spielen, erwartet Funken: „Die Impfzentren allein werden die Impfung nicht bewältigen können. Da bräuchten Sie Hallen in der Größenordnung eines Flughafens oder Stadions. Man kommt um die niedergelassenen Ärzte bei der Verteilung nicht herum.“

Auch wenn die Anforderungen an den Biontech-Impfstoff hoch seien, sei dieser drei Tage bei Kühlschranktemperatur haltbar. „Das bekommen wir hin. Wir haben innerhalb von zwei Monaten 20 Millionen Dosen Grippeimpfstoff verabreicht.“ Wichtig sei, „dass die Politik klare Vorgaben zur Priorisierung macht und Bezugsscheine an vulnerable Patienten und systemrelevante Berufsgruppen ausgeteilt werden“. Die Hausärzte könnten sich nicht auf langwierige Diskussionen mit unberechtigten Impfwilligen einlassen. Das gefährde die Versorgung. **Leitartikel, Stimme des Westens, Politik**

Ministerin: Wälder in NRW
sind so krank wie nie zuvor

DÜSSELDORF (maxi) Die Lage des nordrhein-westfälischen Waldes hat sich noch einmal dramatisch verschlechtert. Wie NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts erklärte, hat der Anteil der besonders schwer erkrankten Bäume mit 44 Prozent den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1984 erreicht. Im Vorjahr hatte er bei 42 Prozent gelegen. Am stärksten getroffen sei die Fichte, die Eiche habe sich leicht erholen können. „Was uns große Sorge macht, ist die Buche, deren Zustand sich erheblich verschlechtert hat.“ Auch bei der Kiefer habe es leichte Verschlechterungen gegeben, wobei diese noch am besten mit

der Trockenheit klarkomme. Zwischen April und August seien nur 62 Prozent der sonst üblichen Niederschlagsmenge gefallen. Als weiteren Grund neben der dritten Sommerdürre in Folge nannte sie Stürme und die Borkenkäfer-Plage.

Das Land will Waldbesitzer finanziell unterstützen, knüpft diese Hilfe – 57 Millionen Euro in diesem und 21 Millionen im kommenden Jahr – aber an Bedingungen. Das Geld fließt nur, wenn die Empfänger sich zur Aufforstung von Mischwäldern entscheiden. Nadelholz-Monokulturen werden nicht gefördert. „Heimische Baumarten wie Traubeneiche, Spitzahorn, Vogelkirsche, Esskastanie werden dabei eine Rolle spielen“, sagte Heinen-Esser.

Krankenkassen
erhöhen
Zusatzbeiträge

DÜSSELDORF (anh) Der Chef der Techniker-Krankenkasse, Jens Baas, erwartet einen massiven Anstieg der Zusatzbeiträge. „2022 wird ein hartes Jahr für Kassen und Mitglieder. Ohne Gegensteuern durch den Staat droht eine Verdoppelung des Zusatzbeitrags“, sagte Baas unserer Redaktion. Dann werde das Loch im Gesundheitsfonds größer sein als 16 Milliarden Euro; alle Reserven seien verbraucht. Schon 2021 würden Kassen die Zusatzbeiträge erhöhen; das Ministerium hat einen Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags um 0,2 Punkte auf 1,3 Prozent festgelegt. Kosten für Massen-Corona-Tests und Intensivbetten-Ausbau dürften nicht einseitig an Beitragszahlern hängenbleiben, so Baas. **Wirtschaft**

AfD scheitert
mit Antrag gegen
Maskenpflicht

BERLIN (dpa) Die Maskenpflicht im Bundestag ist nach einer Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin rechtmäßig. Das Gericht lehnte einen Antrag von neun Mitarbeitern der AfD-Fraktion ab. Die Anordnung des Bundestagspräsidenten sei nicht zu beanstanden, hieß es. Er übe das Hausrecht aus. Daraus ergebe sich die Befugnis, hausrechtliche Maßnahmen zu erlassen, auch ohne Konkretisierung durch ein Gesetz. Der Bundestag beschäftigte sich am Freitag mit den Störungen durch Besucher am Mittwoch, während der Beratungen zum Infektionsschutzgesetz. Die anderen Parteien warfen der AfD eine gezielte Strategie zur Beschädigung des Parlaments vor. **Politik**